Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1731
11. 06. 82

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 16. Juni 1982

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Auch (SPD)	14, 15
Austermann (CDU/CSU)	116, 117
Bamberg (SPD)	107, 108
Bernrath (SPD)	4, 5
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	35, 36
Börnsen (SPD)	65, 66
Catenhusen (SPD)	27
Clemens (CDU/CSU)	13
Collet (SPD)	28, 29
Dr. Czaja (CDU/CSU)	16, 17
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	77, 78
Dallmeyer (CDU/CSU)	30, 31
Dolata (CDU/CSU)	51, 52
Eigen (CDU/CSU)	96, 97
Feile (SPD)	79, 80
Dr. Feldmann (FDP)	103
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	25, 26
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	98, 99
Helmrich (CDU/CSU)	100, 101
Dr. Hennig (CDU/CSU)	9, 50
von der Heydt Freiherr von Massenbach (CDU/CSU)	40, 47
Hofmann (Kronach) (fraktionslos)	57, 58
Horstmeier (CDU/CSU)	24, 104
Dr. Hupka (CDU/CSU)	53, 71
Graf Huyn (CDU/CSU)	18, 19
Immer (Altenkirchen) (SPD)	59, 60
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	20, 21
Dr. Jobst (CDU/CSU)	88, 109
Klein (Dieburg) (SPD)	110, 111
Dr. Klejdzinski (SPD)	112, 113
Kretkowski (SPD)	6, 7
Krey (CDU/CSU)	94, 95
Dr. Kübler (SPD)	81, 82
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	12, 69
Lagershausen (CDU/CSU)	45, 46
Dr. Laufs (CDU/CSU)	64
Dr. Lenz (Bergstraße) (CDU/CSU)	43, 44
Frau Dr. Lepsius (SPD)	105, 106
Linsmeier (CDU/CSU)	61, 85
Lintner (CDU/CSU)	62, 63
Meininghaus (SPD)	39, 91
Menzel (SPD)	3
Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU)	41, 42
Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	72, 73
Milz (CDU/CSU)	54, 102
Frau Noth (FDP)	38
Dr. Olderog (CDU/CSU)	89, 90

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

   Gibt es Fälle, in denen internationale Konzerne mit Bundesmitteln geförderte Forschungsprojekte im Ausland wirtschaftlich verwerten?

2. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

   Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sicherzustellen, daß mit Bundesmitteln geförderte Forschungsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich verwertet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

   Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mitgliedstaaten der EG ihrer heimischen Bekleidungsindustrie durch Subventionen Vorteile verschaffen, und falls ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Verstöße innerhalb der EG zu beseitigen?

4. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

   Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Krieg in El Salvador neben Waffen anderer Staaten auch Fabrikate der Firma Heckler & Koch bzw. ihrer Tochterfirmen in Einsatz sind?

5. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

   Wann hat die Bundesregierung die letzten Exportgenehmigungen für Waffen, Munition und Fabrikationsanlagen (Typen, Mengen, Datum) nach El Salvador und Mittelamerika erteilt?

6. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

   Trifft es zu, daß bundesdeutsche Panzerabwehrraketen an Chile verkauft wurden, und wenn ja, von welcher Firma?

7. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

   Welche Bundesgremien haben auf Grund welcher Verträge diesem Geschäft gegebenenfalls zugestimmt?

8. Abgeordneter **Schreiber (Solingen)** (SPD)

   Wie beurteilt die Bundesregierung das Panzergeschäft der deutschen Firmen Thyssen-Henschel und Rheinmetall mit Argentinien?

9. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

   Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Bundesbank, daß man beim Swing auch mit einem wesentlich kleineren Betrag auskommen könnte, ohne daß dies zu Schwierigkeiten im innerdeutschen Handel führen würde, oder welche Kreditlinie hält die Bundesregierung für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit der DDR für wirklich erforderlich?

10. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

    Wie schätzt die Bundesregierung die Überkapazitäten der elektrotechnischen Industrie im Bereich der „weißen" und „braunen" Geräte in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa ein?

11. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD)

Welche Chancen bestehen nach Auffassung der Bundesregierung angesichts der Marktlage und der internationalen Konkurrenzsituation für eine Stabilisierung der Produktionskapazitäten der deutschen elektrotechnischen Industrie im Bereich der „weißen" und „braunen" Geräte?

12. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Gesamtbelastungen kommen auf die deutsche Wirtschaft und die privaten Haushalte zu durch die zu erwartenden Strompreissteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland und die sich abzeichnenden Strompreisverbilligungen in Frankreich infolge Steigerungen der Gesamtstromerzeugung aus Kernkraftwerken von 40 auf 70 v. H.?

13. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Eigenkapitalbasis, insbesondere der mittelständischen Unternehmen, und ist sie bereit, durch die Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage die Eigenkapitalbasis nachhaltig zu verbessern?

14. Abgeordneter **Auch** (SPD)

Wird der Mittelstand die Investitionszulage des Beschäftigungsförderungsgesetzes kaum beanspruchen können, weil er seine Investitionsreserven schon in der Vergangenheit ausgeschöpft hat, wie der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth („Schwäbische Zeitung", 29. Mai 1982) meint?

15. Abgeordneter **Auch** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, gezielt vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen über die Bedingungen und die Voraussetzungen für die Gewährung der Investitionszulage zu informieren?

16. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Auf welche Weise unterstützt die Bundesregierung aktiv die Neufassung der Richtlinien für die Revision der Cocom-Listen, der Reduzierung der nationalen Ausnahmeregelungen, der Harmonisierung und Erweiterung der Cocom-Exportkontrollen in der Coordinating Group, und welches wirksame Verfahren mit sachkundigen Mitarbeitern wird die Bundesregierung selbst unter Einschaltung des Auswärtigen Amts und des Bundesverteidigungsministeriums entwickeln, um Fehlentscheidungen bei der Ausfuhr sicherheitspolitisch sensitiver Technologien zu vermeiden?

17. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis (Anzahl und Wert) stehen die nationalen deutschen Ausnahmeregelungen zu den genehmigten Cocom-Ausfuhrlizenzen der Bundesrepublik Deutschland in den einzelnen Jahren von 1976 bis 1981, und in welchem zeitlichen Abstand vollzieht die Bundesregierung die Meldeauflage für nationale Ausnahmeregelungen an Cocom in Paris?

18. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wie hoch war in den letzten Jahren zwischen 1976 bis 1981 der Wert und die Anzahl der von Cocom genehmigten oder abgelehnten und der zurückgezogenen deutschen Anträge, und in welchem Verhältnis zu den genehmigten Anträgen stehen die gesamten Cocom-Genehmigungen in diesem Jahr?

19. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Mehrzahl der deutschen Exportanträge an den Cocom-Ausschuß nur Anträge für US-Reexportlizenzen (Güter amerikanischen Ursprungs) sind?

20. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Gelten die Cocom-Richtlinien auch für den Transfer von Gütern in die DDR, und wenn ja, wieviel Genehmigungen beantragte die Bundesregierung in Paris für den Transfer strategischer Güter in die DDR in den einzelnen Jahren zwischen 1976 bis 1981 nach Anzahl und Wert?

21. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Gelten die Cocom-Regelungen für den Export strategischer Güter in den Bereich des Warschauer Pakts auch für West-Berlin?

22. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung ein Konzept oder Richtlinien (ähnlich dem Export von Rüstungsgütern in die westliche oder Dritte Welt) hinsichtlich des Transfers sicherheitspolitisch relevanter Güter in den Bereich des Warschauer Pakts, und wenn ja, seit wann?

23. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Müssen beim Verfahren für den Transfer sicherheitspolitisch relevanter Güter in den Bereich des Wahrschauer Pakts in der Bundesprepublik Deutschland das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium beteiligt werden, und muß bei den Genehmigungen eines solchen Transfers das Einvernehmen mit ihnen hergestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Vorschläge kann die Bundesregierung unbreiten, um zu verhindern, daß bei den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Krankenkassen Verwirrung dadurch gestiftet wird, daß in diesem Jahr zur Abschmelzung der Rücklagen (§ 116 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte) Beiträge ermäßigt und im nächsten Jahr eventuelle Beitragserhöhungen zur Gestaltung eines satzungsgemäßen Haushaltsplans gefordert werden müssen?

25. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Bundesarbeitsministerium ein Entwurf für den Teil „Krankenversicherung" zum IV. Buch des Sozialgesetzbuchs erarbeitet wurde, an dem die Herren Hans Töns (früherer Geschäftsführer des Bundesverbands der Ortskrankenkassen), Dr. Horst Peters (früherer Präsident des Landessozialgerichts Düsseldorf) und der Bundessozialrichter Schröder-Printzen gearbeitet haben, und dessen Ziel es ist, in der gesetzlichen Krankenversicherung eine allgemeine Versicherungspflicht, ein einheitliches Leistungsrecht und einen umfassenden Finanzausgleich einzuführen?

26. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zur Erarbeitung des o. g. Gesetzentwurfs von einigen Spitzenverbänden jüngere Mitarbeiter über längere Zeit hinweg zum Bundesarbeitsministerium auf deren Kosten abgeordnet

und dort in das entsprechende federführende Referat eingegliedert wurden, und wie verträgt sich diese Vorgehensweise gegebenenfalls mit der gebotenen Unabhängigkeit des Bundesarbeitsministeriums?

27. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Wieviel Ausbildungsplätze hat es im Ausbildungsjahr 1981/82 bei den Bundesbehörden im Arbeitsamtsbezirk Münster gegeben, und wieviel werden für das kommende Ausbildungsjahr bereitgestellt?

28. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Was kann die Bundesregierung dazu beitragen, damit Leistungsempfänger aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht ihren Leistungsanspruch verlieren, weil sie für ein Ehrenamt – z. B. in der Kommunalpolitik – eine Aufwandsentschädigung erhalten?

29. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Wie verträgt sich die derzeitige Praxis mit dem Gleichheitsgrundsatz, wenn privat Versicherte und Beamte als „Leistungsempfänger" in der Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter begünstigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordneter **Dallmeyer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit der Bundeswehrfachschulen, und welchen Wert mißt sie ihr als Bildungseinrichtung der Bundeswehr zu?

31. Abgeordneter **Dallmeyer** (CDU/CSU)

Welche zukünftige Planung ist hinsichtlich des Bestands der Bundeswehrfachschulen vorgesehen?

32. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß sämtliche in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen aus der Zeit vor 1955 stammen?

33. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat das Bundesverteidigungsministerium schon konkrete Planungen zum Nachfolgemodell der Phantom F 4 (Luftverteidigungsjäger der 90er Jahre) entwickelt, und wenn ja, welche zeitlichen Vorstellungen gibt es?

34. Abgeordneter **Wimmer (Neuss)** (CDU/CSU)

Von welchem Erfolg sind die regelmäßig in den „Hausmitteilungen" des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung veröffentlichten Suchanzeigen nach verschwundenem Verschlußmaterial, wie z. B. am 11. März 1982, als die Unterlagen über die Sicherheit in der NATO IGP Bd. I und II, die Technische Dienstanweisung für die Panzerschnellbrücke Biber und die Unterlagen über die Waffenstabilisierungsanlage des KPZ Leopard sowie die TDv 2350/051/50 „Spähpanzer Luchs" gesucht wurden, gekrönt?

35. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Hinweise hat die Bundesregierung auf eine im Kriegsfall stattfindende Umgliederung der DDR-Grenztruppen in feldverwendungsfähige Divisionen?

36. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Hinweise hat die Bundesregierung über die „Kollektive freiwilliger Helfer der Grenztruppen“, und welche Aufgabe ist dieser „Paramilitärischen Organisation“ im Kriegsfall gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

37. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Sind der Bundesregierung die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. September 1981 – 8 C 1 und 2. 81 – (danach soll die Rechtsgrundlage für eine erbrachte Vorausleistung nach § 133 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbaugesetzes entfallen, wenn das Eigentum am Grundstück vor Entstehung der endgültigen Beitragspflicht wechselt, so daß dann demjenigen, der ursprünglich gezahlt hat, die gezahlten Beiträge zurückzuerstatten sind) verursachten Schwierigkeiten für die ausführende Verwaltung bekannt (z. B. Konkurs von Gesellschaften, die Vorauszahlung geleistet haben, mehrfacher Eigentumswechsel oder der frühere Eigentümer ist nicht mehr zu ermitteln), und ist sie bereit, diesen Schwierigkeiten eventuell mit einer Gesetzesänderung entgegenzutreten?

38. Abgeordnete **Frau Noth** (FDP)

Ist der Bundesregierung die Veröffentlichung „Standortgefährdung von Handwerksbetrieben“ (Herausgeber: Rheinisch-Westfälischer Handwerkerbund e. V.) bekannt, und gibt sie ihr Anlaß zu prüfen, ob Änderungen des Bundesbaugesetzes und/ oder anderer bundesgesetzlicher Vorschriften erforderlich sind?

39. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, trotz Verlängerung der Kündigungssperrfristen und anderer Maßnahmen gegen Spekulationsgeschäfte im Wohnungssektor, die meisten Mieter, und zwar nach Angaben von „Infratest“ in den Ballungsgebieten 62 v. H., bereits wenige Jahre nach der Umwandlung infolge unzumutbarer Belastungen durch Modernisierung, Eigenbedarfskündigungen und Psychoterror vertrieben werden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, durch ein Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf, der Spekulation den Boden zu entziehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

40. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung einer Studie des Bundeskanzleramts (lt. Spiegel vom 17. Mai 1982), „daß in Bürokratien in der Regel Auffassungen nur dann artikuliert werden, wenn sie ein aufnahmebereites Klima vorfinden“, und teilt sie diese Einschätzung insbesondere in dem Zusammenhang, in dem sie in der Studie gegeben wird, d. h. als Bewertung einer Ausarbeitung des Planungsstabs des Auswärtigen Amts?

41. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung – gerade im Vorfeld des NATO-Gipfels – eine Taktik für vertretbar, die laut Spiegel vom 17. Mai 1982 in einer kürzlichen Studie des Bundeskanzleramts empfohlen wird, aus weltpolitischen und koalitionspolitischen Gründen in der außenpolitischen Diskussion kontroverse Akzente zu setzen?

42. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für vereinbar mit den deutschen Interessen die „Stigmatisierung" einer angeblichen „neokonservativen Strömung" über den Weg einer Kontroverse mit den USA und Großbritannien zu versuchen, wie in einer Studie des Bundeskanzleramts laut Spiegel vom 17. Mai 1982 empfohlen?

43. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine „vorsichtige Behandlung der polnischen Krise bei Wahrung besonderer deutscher Interessen" (Studie des Bundeskanzleramts laut Spiegel vom 17. Mai 1982) für zulässig und möglich, und welches wären gegebenenfalls solche Interessen?

44. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Könnten andererseits nach Auffassung der Bundesregierung „lebenswichtige Interessen deutscher Politik" durch „Konflikte mit den USA" verletzt werden (vgl. dieselbe Studie)?

45. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß der jetzt abgelöste Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Bölling, bei dem Treffen im Dezember 1981 am Werbellinsee von dem Staatsratsvorsitzenden der „DDR", Honecker, einen Brief zurückgereicht erhielt, mit dem Bölling seinen Austritt aus der SED kundtat?

46. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß Regierungssprecher Bölling im Jahr 1945 der kommunistischen Partei (KPD) beigetreten ist, die sich dann nach der Zwangsvereinigung mit der SPD unter Grotewohl in die SED umwandelte?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

47. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Können tiefgreifende Auseinandersetzungen mit den USA über die Reaktion auf sowjetische Menschenrechtsverletzungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in Polen nach der Verhängung des Kriegsrecht, das deutsch-amerikanische Verhältnis nachhaltig beeinträchtigen und die Glaubwürdigkeit des Einsatzes der Bundesregierung für die Menschenrechte im anderen Teil des geteilten Deutschland untergraben?

48. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung anläßlich des bevorstehenden Besuchs des amerikanischen Präsidenten Reagan bereit klarzustellen, daß die Behauptung unwahr ist, die amerikanische Administration prangere Menschenrechtsverletzungen ausschließlich im kommunistischen Machtbereich an (Zitat des Spiegel vom 17. Mai 1982 aus einer Studie aus dem Bundeskanzleramt)?

49. Abgeordneter **Graf (Stauffenberg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung demgegenüber klarstellen, daß sich die USA überall in der Welt für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen?

50. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, daß die Regierung von Nicaragua sich in den letzten Wochen und Monaten von den ursprünglichen Zielen der Revolution (Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit) entfernt hat, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Alfonso Robelo das Land verlassen mußte?

51. Abgeordneter **Dolata** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die niederländische Regierung den Wunsch geäußert hat, die Bundesrepublik Deutschland möge sich finanziell an der Betreuung der zahlreichen deutschen Rauschgiftsüchtigen in Amsterdam beteiligen, obwohl nach internationalen Absprachen die Niederlande allein zuständig sind?

52. Abgeordneter **Dolata** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der deutsche Hilfsverein für Rauschgiftsüchtige in Amsterdam schließen muß, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland nicht stärker an den Betreuungskosten beteiligt?

53. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Interpretation des Deutschlandvertrags zu, daß der darin ausgesprochene Friedensvertragsvorbehalt nach wie vor rechtskräftig ist und in seiner verbindlichen Geltung nicht in Frage gestellt werden darf?

54. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Gibt es nach dem Gespräch zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und Bundeskanzler Schmidt tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in der Sicherheits- und Entspannungspolitik, so wie dies der Sprecher der Bundesregierung in einem Interview angedeutet hat?

55. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, sich der Klage mehrerer europäischer Staatsregierungen beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzuschließen, die Türkei wegen wiederholter und anhaltender Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen bzw. eine eigene Klage mit gleicher Zielsetzung zu erheben?

56. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Ist die Bundesregierung von der Absicht anderer Regierungen europäischer Staaten unterrichtet, Klage gegen die Türkei vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag erheben zu wollen, und aufgefordert worden, sich dieser Klage anzuschließen, und wie hat sie gegebenenfalls darauf reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

57. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (fraktionslos)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, auf welchem Weg bzw. in welcher Form die DKP ihre schon fast jährliche 50 Millionen DM Spende aus der DDR erhält?

58. Abgeordneter **Hofmannn (Kronach)** (fraktionslos)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die DDR nicht nur die Möglichkeit hat, diese Spende in Höhe von 50 Millionen DM an die DKP aus den Devisenbringenden Ausfuhren zu finanzieren, sondern ebenso auch die Möglichkeit hat, diese Spende aus den globalen Zahlungen der Bundesregierung an die DDR oder durch den Zwangsumtausch zu gewähren?

59. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit des „Zentralbüros der deutschen nationalen Vereinigung" (DVR – „Deutsches vereinigtes Reich") mit Sitz in Ludwigshafen (Postfach 150525), insbesondere mit seiner telefonischen Propaganda (Rufnummer 0621/697625), in der die Naziverbrechen beschönigt und die demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland diskriminiert werden?

60. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, eine massive faschistische Propaganda, wie sie vom „Zentralbüro der deutschen nationalen Vereinigung" mit Sitz in Ludwigshafen im Telefondienst (Rufnummer 0621/697625) betrieben wird, mit rechtlichen Mitteln zu unterbinden?

61. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Daten einer sogenannten Popularitätsumfrage der westlichen Kurzwellensender innerhalb der Bevölkerung der DDR und Osteuropas bekannt, die am 24. April 1982 in der Neuen Züricher Zeitung veröffentlicht wurden, und wenn ja, entsprechen die Daten über die Popularität der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks den Erkenntnissen der Bundesregierung oder hat die Bundesregierung andere Erkenntnisse?

62. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auf Veranlassung von Behörden der „DDR" bei einer Kanu-Veranstaltung auf der Elbe am 6. Juni 1982 den teilnehmenden Sportlern Handzettel gegeben wurden mit dem Hinweis, daß die Flußmitte die Grenze bilde und daß man deshalb nur die linke Flußhälfte zu befahren habe, und – falls dies zutrifft – welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um gegenüber solchen von der „DDR" angeregten Schritten die wahre Rechtslage deutlich zu machen, derzufolge in dem betroffenen Elbabschnitt die gesamte Flußbreite zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört?

63. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Sind von seiten der Bundesregierung offiziell oder inoffiziell bei deutsch-deutschen Gesprächen Erwartungen der „DDR" geweckt worden, eine Regelung im Sinne der Anerkennung der Flußmitte als Grenze in dem strittigen Elbabschnitt könne bald erfolgen?

64. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wann wird die Physikalisch-Technische Bundesanstalt den Planfeststellungsantrag für ein Endlager für radioaktive Abfälle in der ehemaligen Erzgrube Konrad (Salzgitter) stellen?

65. Abgeordneter **Börnsen** (SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die durch den damaligen Bundesinnenminister Genscher zugegesagte Streichung des sog. Vererbungsparagraphen im Bundesvertriebenengesetz zu verwirklichen?

66. Abgeordneter **Börnsen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob für die Finanzierung der Pfingsttreffen der Heimatvertriebenen, auf denen u. a. Anspruch auf früheres deutsches Land oder von Deutschen besiedeltes Land im Osten erhoben wurde, Mittel aus dem Bundeshaushalt, wie z. B. für die Vertriebenenkulturarbeit oder für die Finanzierung von Eingliederungsmaßnahmen, in Anspruch genommen wurden, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls der Meinung, daß eine solche Verwendung von Finanzmitteln haushaltsrechtlich vertretbar ist?

67. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Trifft es zu, wie in der Presse berichtet, daß nunmehr zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der innerhalb eines Jahrs registrierten Straftaten die vier Millionengrenze überschritten hat, und daß dieser düstere Rekord noch vor wenigen Jahren vom Fachleuten der Deliktsbekämpfung als undenkbar angesehen wurde?

68. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beispielsweise in der Gewaltkriminalität, wie Mord, Totschlag und schwere Körperverletzung, ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr in Hamburg von 11,3 und in Köln gar von 57 v. H. zu beklagen ist, und wie erklärt die Bundesregierung diesen beängstigenden Anstieg?

69. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Inwieweit werden Bevölkerung und Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland durch Kraftwerke in den Anrainerstaaten beeinträchtigt?

70. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wo sind in Schleswig-Holstein bei Post und Bahn bis 1984 Änderungen vorgesehen, die sich auf den Personalbestand auswirken, und wie viele Mitarbeiter (-innen) müssen im einzelnen mit einer Frei- oder Umsetzung rechnen?

71. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Absichten hatte die Bundesregierung, wenn sie aus dem Mikrozensus für 1983 die Frage auch der „Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft" eliminieren wollte?

72. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen haben in der Europäischen Gemeinschaft dazu geführt, in der EG-Richtlinie 78/611/ (EWG) vom 29. Juni 1978 einen Mindestbleigehalt von 0,15 Gramm pro Liter Kraftstoff festzulegen?

73. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Äthanolmischkraftstoffe bei gleichem motorischen Verhalten geringere Umweltbelastungen, insbesondere Blei-, Kohlenwasserstoff- und Kohlenmonoxidemissionen, gegenüber handelsüblichen Vergaserkraftstoffen mit sich bringen, gegebenenfalls bereit, auf eine Änderung der o. g. EG-Richtlinie hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

74. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die Warenhersteller gesetzlich zu verpflichten, Produkte mit gefährlichen Fehlern zurückzurufen?

75. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es im Ausland innerhalb der EG bereits entsprechende gesetzliche Regelungen gibt, und wie werden diese gegebenenfalls durch die Bundesregierung beurteilt?

76. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Ist die Stationierung chemischer Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung verfassungsgemäß, oder sieht die Bundesregierung die Stationierung dieser Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland — wie der DGB-Vorsitzenden von Rheinland-Pfalz — als verfassungswidrig an, weil der Bundestag einer Lagerung von C-Waffen in der Bundesrepublik Deutschland nie zugestimmt hat?

77. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Strafvollzug bei älteren Häftlingen zwar besondere Anforderungen an die Haftbedingungen stellt, daß diese Anforderungen aber bisher kaum erfüllt werden konnten?

78. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Welche Möglichkeit und konkrete Schritte sieht die Bundesregierung, zu angemessenen Haftbedingungen für ältere Strafgefangene im Strafvollzug zu kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

79. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Treffen Berichte zu, wonach die seit 1. Januar 1981 für Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen der Sozialbehörden des Bundes — einschließlich der Bundesanstalt für Arbeit — zuständigen Hauptzollämter erhebliche Arbeitsrückstände aufweisen, und gegebenenfalls in welcher betragsmäßigen Höhe?

80. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Kann durch die zusätzliche Bereitstellung von Sach- und Personalmitteln bei den Vollstreckungsstellen der Hauptzollämter die Beibringung solcher öffentlich-rechtlichen Forderungen beschleunigt werden?

81. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den auf Grund des mit Wirkung vom 1. Januar 1981 erfolgten Übergang der Zwangsvollstreckungen im Sozialbereich von kommunalen Vollstreckungsstellen auf die Zollverwaltung anerkannten zusätzlichen Gesamtstellenbedarf bei der Zollverwaltung in Höhe von ca. 480 Stellen in einer zweiten Rate in Höhe von 120 Stellen im Haushalt 1983 weiter zu realisieren, nachdem zwar in den Haushalt 1981 eine erste Rate von 120 Stellen, in den Haushalt 1982 aber keine zweite Rate aufgenommen worden ist?

82. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die inzwischen aufgelaufenen Vollstreckungsrückstände aus dem Sozialbereich?

83. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist es möglich, daß durch eine Sondererlaubnis des Bundesfinanzministeriums und der zuständigen Finanzämter im Fall von Konzernneugliederungen der Verlustvortrag des Gesamtkonzerns auf eine neugebildete Tochtergesellschaft übertragen werden kann?

84. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist das Bundesfinanzministerium grundsätzlich bereit, eine Sondergenehmigung zu einer derartigen Konzentration des Verlustvortrags des AEG-Konzerns auf eine neue Tochtergesellschaft als Vorausbedingung für eine ausländische Kapitalbeteiligung an der AEG zu überprüfen?

85. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel der Ersetzung der Gewerbesteuer durch andere Einnahmequellen für die Gemeinden vorzulegen, und wenn ja, an welche kompensatorische Einnahmequelle für die Gemeinden denkt die Bundesregierung?

86. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach die Mehreinnahmen auf Grund der Besteuerung von Isopropylalkohol wegen der großen Nachfrageelastizität sowie der Substituierung dieses Rohstoffs durch steuerfreie Substanzen die für 1982 geschätzte Höhe von über 200 Millionen DM wesentlich unterschreiten werden?

87. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach die Hersteller von Kosmetikartikeln trotz einer weitgehenden Verwendung von steuerfreien Substanzen in ihren Produkten an der Preiserhöhung auf Grund der Besteuerung von Isopropylalkohol festhalten, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

88. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung die Einführung einer „Quellen-Steuer“ plant und demnach der Staat nach den Sparbüchern der Sparer greifen will?

89. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Für welchen Zeitraum können die Reeder und Besatzungen der „Butterschiffe“ davon ausgehen, daß ihre gewerbliche Tätigkeit rechtlich und tatsächlich gesichert ist?

90. Abgeordneter **Dr. Olderog** (CDU/CSU)

Welche Verhandlungen, Initiativen oder sonstige Schritte hat die Bundesregierung auf europäischer Ebene unternommen, um den Fortbestand der „Butterschiffe“ dauerhaft zu sichern?

91. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche Steuerausfälle entstehen, weil beim Kauf bzw. Verkauf von steuerlich bereits voll oder zum größten Teil abgeschriebenen Wohnungen als Eigentumswohnungen noch einmal erhöhte oder normale Abschreibungen erfolgen können, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

92. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der EG-Kommission darauf hinzuwirken, daß das mit Thailand ausgehandelte Selbstbeschränkungsabkommen für Tapioka eingehalten wird und nicht von irgendeiner Seite unterlaufen wird?

93. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU)

Wie hoch sind nach Kenntnis des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Auswinterungschäden im laufenden Wirtschaftsjahr?

94. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die auf Grund der besonderen Struktur des Bergischen Lands die sich dort ergebenden Belastungen der Landwirtschaft bekannt, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit eines speziellen Förderungsprogramms für die bergische Landwirtschaft, etwa in Form der Einbeziehung in das bereits laufende Bergbauernprogramm als gegeben an?

95. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Einbeziehung der bergischen Landwirtschaft in das laufende Bergbauernprogramm zu rechnen?

96. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Durch welche besseren Schutzmaßnahmen hätte nach Meinung der Bundesregierung das Einschleppen der Maul- und Klauenseuche nach Nordrhein-Westfalen aus Dänemark oder der DDR verhindert werden können?

97. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Zustimmung zu den Produktionsschwellen bei Getreide und Raps im Ministerrat der EG mit ihrem Sozialanspruch, wenn Millionen von Menschen in der Welt hungern?

98. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Interventionspreiserhöhung für Raps nach Auskunft der aufnehmenden Hand nur 2,8 v. H. beträgt und nicht – wie von der Regierung veröffentlicht – 5,7 v. H.?

99. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

In welcher Weise kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die veröffentlichten Agrarpreiserhöhungen auch bei den Bauern als Einkommensverbesserung auf den Höfen ankommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

100. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung Angaben des Deutschen Verbraucherschutzverbands, wonach in der Bundesrepublik Deutschland die radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln eingeführt werden soll, um diese Waren haltbarer zu machen?

101. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Wenn ja, welche zwingenden Gründe sind für diese Entwicklung ausschlaggebend, und wie beurteilt die Bundesregierung die Warnungen des Deutschen Verbraucherschutzverbands vor negativen Folgen einer solchen Bestrahlung?

102. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wird die Ankündigung des Bundesverteidigungsministers, 1986 den Wehrdienst auf 18 Monate zu verlängern, die Bundesregierung veranlassen, bei der Neuregelung des Zivildienstes schon jetzt in den Gesetzesvorlagen auch eine entsprechende Verlängerung des Zivildienstes ab 1986 vorzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

103. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, dem Grundvertrag zum Ausbau des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar (VRN) als Vertragspartner beizutreten, und wenn ja, von welchen finanziellen und organisatorischen Vorbedingungen macht die Deutsche Bundesbahn ihren Eintritt in den VRN als Vertragspartner abhängig?

104. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Kennt die Bundesregierung die Erfahrungen, die die norwegischen Staatsbahnen mit ihren Spezialeisenbahnwagons für Rollstuhlfahrer und der behindertengerechten Gestaltung verschiedener Bahnhöfe gemacht haben, und wird sie deshalb darauf hinwirken, daß auch von der Deutschen Bundesbahn ähnlich gute Beförderungsmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer geschaffen werden?

105. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Bundesbahndirektion Karlsruhe veranlassen, in das Raumordnungsverfahren für die Neubautrasse der Deutschen Bundesbahn von Karlsruhe nach Basel neben der Alternative Karlsruhe – Ettlingen – Muggensturm und der Alternative Karlsruhe – Durmersheim – Rauental auch die dritte Alternative Karlsruhe mit Durchfahrt Rastatt zu berücksichtigen, damit eine chancengleiche Beurteilung der besten Streckenführung erfolgen kann?

106. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Sicherungsmaßnahmen sind von seiten der Deutschen Bundesbahn bei vollautomatischen Bahnübergängen vorgesehen, um im Fall eines Stromausfalls Bahnübergänge funktionstüchtig zu halten und Vorfälle vermeiden zu helfen, wie sie am 24. April 1982 in Sinzheim (Baden) durch totalen Stromausfall passiert sind?

107. Abgeordneter **Bamberg** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die bei der Deutschen Bundesbahn zur Regelung der Zuganschlüsse geltenden Wartezeitvorschriften nicht auf die Bahn-Omnibus-Anschlüsse Anwendung finden und dies z. B. beim Schienenersatzverkehr zur Ungleichbehandlung der Fahrgäste führt, was überdies nicht mit der Bahnwerbung übereinstimmt?

108. Abgeordneter **Bamberg** (SPD)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, auf die Deutsche Bundesbahn einerseits und auf die Regionalverkehrsgesellschaften und Bahnomnibusunternehmen andererseits einzuwirken, um ihren Reisenden eine gleiche Behandlung beim zwangsweisen Wechsel zwischen beiden öffentlichen Verkehrsmitteln Schiene und Straße zu gewährleisten?

109. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die erneute Erhöhung der Autobahngebühren in Frankreich vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Spanien vor allem die deutschen Kraftfahrer wiederum benachteiligt, nachdem ausländische Kraftfahrer die Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Zahlung einer Autobahngebühr benutzen dürfen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese einseitige Inanspruchnahme deutscher Autofahrer in anderen europäischen Staaten zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

110. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg (Az. An 4 K 81 A 1369) zu ziehen, nach dem die Einteilung der Telefonnahbereiche wegen der raumbedeutsamen Maßnahme nicht ohne Beteiligung der Kommunen hätte erfolgen dürfen?

111. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Bereitet die Bundesregierung eine Neueinteilung der Telefonnahbereiche nach neuen Kriterien in den Gebieten vor, in denen in den letzten Jahren erhebliche Kritik geübt worden ist, weil Verflechtungsbeziehungen zwischen den Kommunen nicht hinreichend gewürdigt worden sind?

112. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist nach Auffassung der Deutschen Bundespost damit zu rechnen, da die Deutsche Bundespost im Rahmen einer Erprobung beabsichtigt, Automatenpostwertzeichen in der kleinsten Abstufung von 5 Pfg. mit jeweils 5 Pfg. Sprung bis zum Höchstbetrag von 99,95 DM aus Schalterwertzeichendrukkern auszudrucken, daß alle Wertstufen von Sammlern am Schalter verlangt werden?

113. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Beabsichtigt die Deutsche Bundespost – vergleichbar wie bei der im Januar 1981 begonnenen Erprobung von Münzwertzeichendruckern – alle möglichen Wertstufen, nämlich von 5 Pfg. mit jeweils 5 Pfg. Sprung bis 99,95 DM, über die Versandstelle für Postwertzeichen in Weiden (Oberpfalz) anzubieten?

114. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie wurde der Gebührenverzicht für Hilfspakete nach Polen von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland angenommen, wieviel Hilfspakete wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahrs nach Polen im Vergleich zum Vorjahr geschickt?

115. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, da der Kriegszustand in Polen und die Not der Bürger in Polen weiter fortbestehen, über eine Gebührenregelung bzw. einen Gebührenerlaß für die Zeit nach dem 30. Juni 1982?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

116. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Welche Kosten sind aus welchem Haushaltstitel für die Erstellung des Gutachtens zur Gesamtschulentwicklung in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen und die Erarbeitung sowie die Veröffentlichung des vom Parlamentarischen Staatssekretär Kuhlwein am 11. Mai 1982 vorgelegten Berichts zum Thema Gesamtschule aufgewendet worden?

117. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, auch weiterhin außerhalb der Zuständigkeiten des Bundes vergleichende Untersuchungen über den Erfolg und die Entwicklung anderer allgemeinbildender Schulsysteme in westeuropäischen Ländern in Auftrag zu geben?

Bonn, den 11. Juni 1982

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333